Zeitschrift: Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins
Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein
Band: 22 (1926)

Artikel: Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und Ausland
Autor: Blocher, Eduard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-595125

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

(abgeschlossen im Herbstmonat 1926).

Von allen Nachrichten, die uns im Laufe des Jahres über Leben und Leiden unserer Muttersprache zugehen, fesseln unsere Aufmerksamkeit am meisten diejenigen aus der deutschen Schweiz. Wie stark sind Liebe und Verständnis für die Muttersprache unter uns? Nicht so oft wie wir es möchten, finden wir in der Presse ein Wort, das von solcher Liebe zeugt. Zumeist sind es dann noch Versuche, Würde und Wert der Mundart gegen eine Mißachtung zu schützen, die nun doch wohl völlig überwunden ist und der Vergangenheit angehört. Es gibt vermutlich heute mehr Schweizer, die vom Hochdeutschen und seiner Pflege wegwerfend sprechen, als solche, die die Mundart verachten. Vor zwanzig Jahren war es anders. Wir vom Sprachverein werden immer diejenige Form unserer deutschen — schlechthin d e u t s c h e n — Muttersprache besonders zu schützen und zu pflegen suchen, die gerade in Gefahr ist, verkannt oder vernachlässigt zu werden; das wird nun zur Stunde wohl die hochdeutsche Form sein. Immerhin ist uns natürlich jedes Zeugnis warmer Liebe zur angestammten Mundart aus dem Herzen gesprochen (z. B. ein Aufsatz im „Seeländer Boten" von Biel vom 15. Heumonat). Möchte nur noch öfter auch etwas Verständnis für die S c h r i f t f o r m unserer angestammten Sprache zum Ausdruck kommen, und zwar nicht nur zur Verteidigung lieber alter Fremdwortgewohnheiten. Aber das geschieht nicht oft, doch z. B. in der „Ostschweiz" von St. Gallen am 11. Mai mit der tapfern Forderung, „daß alles Ummodeln, Verwelschen und Verrohen sowohl von unserer Schrift- als auch Umgangssprache ferngehalten werde" und „daß unsere Muttersprache eine wohlgesittete, echtdeutsche Frau bleibe und sich nicht in eine wenigfeine welsche Dame verwandle". Das „St. Galler Tagblatt" (22. Heumonat) schlägt einen andern, aber freilich längst bekannten Ton an, wenn es Stickelbergers Beitrag zu unserer letzten Rundschau die „Rechtschreibung eines Journalisten" entgegenhält und dabei die alten Behauptungen von der Unersetzlichkeit der

Fremdwörter aufstellt, dabei aber nicht sehr glückliche Beispiele gebraucht: Imperialismus und Mentalität sollen unentbehrlich sein. Die beiden Wörter sind erst in diesem Jahrhundert üblich geworden, Imperialismus im Gefolge eines von Chamberlain in England um 1900 aufgestellten Reichseinheitsvorschlages, Mentalität noch später. Wie sagte man früher? Weltherrschaftsgelüste und dergleichen hat es doch schon lang gegeben, sogenannte Mentalitäten wohl seitdem es Menschen mit geistigen Regungen überhaupt gibt; wie nannte man sie vor dem Jahre 1900? Der wohlmeinende Verfasser schreibt da über Dinge, die er nicht genügend kennt. Gewiß ist „unsere Sprache nicht in erster Linie dazu da, deutsch zu sein", das hat auch niemand behauptet; aber wenn nun jemand meinte, ein Rock sei „nicht in erster Linie da sauber zu sein" und daraus schließen wollte, auf saubere Kleider komme es nicht an? Wir halten auf Reinlichkeit im Sprachgebrauch, wir vom Sprachverein. Die Leute vom „St. Galler Tagblatt" hoffentlich auch.

Eine schon alte, aber immer wieder neue Streitfrage hat vor kurzem mehrere Zeitungen beschäftigt, die Frage der Verdeutschung von Fremdwörtern in der Verwaltung. Die „Thurgauer Zeitung" hatte die von der Postverwaltung gebrauchten Verdeutschungen Kraftwagen und Kraftfahrwesen beanstandet und die „Neue Zürcher Zeitung" (Nr. 1311 vom 15. August) den Artikel abgedruckt. Darauf liefen bei der „N. Z. Z." einige Zuschriften ein, die am 23. August (Nr. 1356) veröffentlicht wurden. Eine davon nimmt die Verdeutschungen in Schutz, drei andere lehnen sie ab; schließlich äußert sich noch die Oberpostdirektion, um die Verantwortung für die beiden beanstandeten deutschen Wörter abzulehnen. Ueber Kraftwagen und -fahrwesen kann man vielleicht verschiedener Meinung sein, aber die Gründe, mit denen gegen die beiden Ausdrücke gefochten wird, und die unverständige, durch keinerlei Sach- und Sprachkenntnis gemilderte Wut, mit der die Einsender den Bahnsteig und sogar den Eilbrief und anderes anfallen, zeugt von einer noch weit verbreiteten, ganz falschen Ansicht über das, was Schweizertum und heimatliche Ueberlieferung sein soll. Mit Recht hat bald darauf (6. Herbstmonat) die „Zürcher Post" die Frage aufgegriffen und in einem ausgezeichneten Aufsatz, den auch andere Blätter gebracht haben („Die Ostschweiz" St. Gallen, vom 9. Herbstmonat), dargetan, daß es doch widersinnig ist, für ein erst 30 Jahre

altes, aus einem lateinischen und einem griechischen Bestandteil in Frankreich geschaffenes Kunstwort wie Automobil den schweizerischen Heimatsinn aufzubieten. Dieselbe Zeitung hatte schon unter dem Beifall des „Ostschweizerischen Tagblattes“ (Rorschach, 14. August) dem Polizeiinspektor der Stadt Zürich empfohlen, das „Arrivée-Bülletin“ durch den deutschen Ausdruck Liste der Neuangekommenen zu ersetzen (nebenbei: da ein deutscher Ausdruck nie kurz genug sein kann, wenn er gefallen soll, so dürfte man wohl auch Ankunftsliste sagen). In dem Streitfall Kraftwagen-Bahnsteig bekam erfreulicherweise unser Schriftführer in der „N. Z. Z.“ (Nr. 1448 vom 9. und Nr. 1454 vom 10. Herbstmonat) das letzte Wort, so daß wir die ganze Auseinandersetzung schließlich als erfreuliches Ereignis buchen können. Es verschlägt nichts, daß die „Thurgauer Zeitung“ nachträglich trotzdem hat Recht behalten wollen; das ist menschlich, und unmenschlich ist es auch nicht, trotz der etwas groben Form, daß an Stelle fehlender Gründe schlechte und an Stelle sachlicher persönliche Anmerkungen vorgetragen werden (18. Herbstmonat). Uebrigens hat unser Schriftführer auch da nochmals das Wort bekommen, sowie in der „Solothurner Zeitung“ (vom 29. Weinmonat und 20. Wintermonat) und im „Morgenstern“ (vom 15. Wintermonat), nachdem in beiden Zeitungen der gegnerische Standpunkt recht lebhaft zum Ausdruck gekommen war. Dagegen ist bedeutsam der Beitrag, den die von französischen Ehrenlegionären und Deutschenhassern geschriebene „Gazette de Lausanne“ (24. August) zu der Frage liefert. Ihr Aufsatz ist Suissismes (Helvetismen) überschrieben und könnte nicht besser sein, wenn ihn einer von uns geschrieben hätte. Hören wir einige Sätze daraus:

„Die Bemühungen unserer Eidgenossen, unter dem Namen einer schweizerischen Sprache eine Art zusammengesetzter Sprache zu schaffen, die oft ein Französisch in deutscher Schreibung und Aussprache ist, hat etwas Rührendes. Vielleicht wäre es aber doch gut, den unwirklichen Begriff einer schweizerischen Sprache nicht aufkommen zu lassen.“ „Der sogenannte helvetische Geist, der an der Verquickung (amalgame) der verschiedenen nationalen Geistesrichtungen arbeitet, darf es nicht bis zur Mischung der Sprachen treiben.“ „Ohne daß wir es merken, entsteht durch das Eindringen verdeutschter Wendungen ins Französische und verwelschter Wendungen ins Deutsche eine abscheuliche Sprachvermischnng, die ganz sicher unsern nationalen Geist schwächen hilft, der von Verschiedenheiten und nicht von Vereinheitlichungen lebt.“ „Durch die Verwaltung in Bern bekommen wir Wörter, die ihrem Sinn gänzlich entfremdet sind. So, um nur das verbreitetste zu erwähnen, dieses Perron, im eidgenössischen Französisch für quai oder trottoir de la gare gebraucht. Auf französisch bedeutet perron eine Treppe vor einem Hause mit einer Plattform, auf die sich das Haupttor öffnet. Dieses Wort haben uns die Bundesbahnen entlehnt und für die Bezeichnung des Bahnsteigs angewendet und nun kommt es unter dieser irrigen Form zu uns zurück....“

Wenn nun die nationalhelvetischen Bahnsteigfeinde von Frauenfeld, Zürich und Solothurn uns nicht glauben mögen, so hören sie vielleicht auf die „Gazette de Lausanne". Nur nebenbei erwähne ich den lustig sein sollenden Aufsatz der „Suisse" und des Delsberger „Démocrate" (vom 14. Herbstmonat) gegen die Oberpostdirektion, die, scheint es, geboten hat, in der Verwaltung Fernamt zu sagen und nicht, wie es in Bern aufkommen wollte, „Interurban". Der Oberpostdirektor, der ja, wie schon berichtet, nichts mit dem Kraftwagen zu tun haben will, muß sich da mamamouchi und „Verwaltungskaiser" schelten lassen; auch wird ihm die Absicht untergeschoben, das Wort Fernamt in der welschen Schweiz einzuführen. Undankbare Leute, diese Welschen! Man kann noch so fremdwortfreundlich sein, sie danken einem nicht dafür!

Wieder eine andere der uns beschäftigenden Fragen findet Raum in Nr. 1372 der „N. Z. Z." (vom 27. August), nämlich die Frage: Hochdeutsch oder Mundart im öffentlichen Verkehr? Ein Einsender erzählt, wie auf der Zürcher Straßenbahn ein ortsunkundiger Norddeutscher von einem Schaffner auf zürichdeutsch angeflegelt worden und in Verlegenheit gebracht worden sei. Die Schriftleitung stimmt dem Einsender bei und findet, auf der Straßenbahn solle auf die nur hochdeutsch verstehenden Reisenden Rücksicht genommen werden. Wir sind auch dieser Meinung: unsrer Mundart und Schweizerart geschähe kein Abbruch, wenn statt „Zäntroo lumstiige" im Tram gesagt würde: „Umsteigen am Leonhardsplatz", ähnlich wie es in den Wagen der Bundesbahnen ohne Schaden geschieht. Aber das jetzige Verfahren der Angestellten entspricht den in den Kriegsjahren aufgekommenen Stimmungen, und wenn das von der „N. Z. Z." mit Recht befürwortete Umsteigen wieder aufkommt, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß ein Retter des gefährdeten Schweizertums zur Feder greift und „Mitteilungen aus dem Publikum" macht, in denen gegen widernatürliche, unschweizerische Verpreußung gewettert wird. Es muß einmal gesagt werden: der Krieg und der Nachkrieg haben unter uns die Stellung zur Schriftsprache unliebsam verändert; man hat, als das Bewußtsein der staatlichen Trennung vom Reiche durch die geschichtlichen Erlebnisse verschärft wurde, vergessen, daß wir in Sprache und Bildung nicht von Deutschland loskommen können, daß Hochdeutsch eine der beiden Formen unserer Muttersprache ist, und daß lediglich praktische oder Geschmacks-Rücksichten zu bestimmen haben, ob im

einzelnen Falle eine amtliche Mitteilung mundartlich oder hochdeutsch zu erfolgen habe, während allerdings durch den unangebrachten Gebrauch einer andern Sprache oder unvolkstümlicher Fremdwörter dem gemeinen Manne Unrecht geschieht. Wiederum im ganzen zustimmend können wir erwähnen, was (am 19. August) in Nr. 1332 der „N. Z. Z." Dr. Hans Käslin über „Fremdsprachen und Verwandtes" schreibt; er tritt warm ein für einsprachige Bildung und sagt deutlich, wohin wir deutsche Schweizer nach Bildung und Kultur gehören: nämlich zu „Luthers Tischreden, Goethes Iphigenie und Hebbels Tagebüchern". Gut, daß auch das einmal in der Presse zum Ausdruck kommt, wiewohl man bedauern muß, daß es überhaupt nötig ist. Der Aufsatz hat übrigens Beachtung gefunden und ist z. B. im „Anzeiger" von Saanen (28. August) teilweise wiedergegeben und unterstrichen worden.

Unsere Lehrer dürfen wir als die besten Helfer betrachten, und es wäre bedenklich, wenn das nicht gesagt werden könnte. Nur bringt es ihr Beruf mit sich, daß sie sich vielfach mit den für die Allgemeinheit weniger wichtigen Seiten der Dinge plagen. Wir erwähnen aus dem Gebiet des Schullebens die Bemühungen um die zu vereinfachende Rechtschreibung. Die Presse berichtet darüber unterm 31. Mai:

„Auf Einladung des Vorstandes der aargauischen Lehrerkonferenz versammelten sich am 29. Mai in Baden Vertreter der Lehrerverbände der Kantone Aargau, Appenzell A.-Rh., Baselstadt, Baselland, Graubünden, Luzern, Solothurn und Zürich zur Besprechung der deutschen Orthographiereform. Nach einem orientierenden Referat von Dr. Erwin Haller, Aarau, Präsident des Bundes für Vereinfachung der Rechtschreibung, erklärten sich alle Anwesenden als persönliche Anhänger einer solchen Reform. Es handelt sich vor allem um die Kleinschreibung der Substantiva, wie sie bis ins 16. und 17. Jahrhundert allgemein gebräuchlich war und durch die die Hälfte der Schreibregeln für den Schulunterricht dahinfallen würde. Der Referent regte an, daß der schweizerische Bundesrat bei der deutschen und der österreichischen Regierung die Initiative zur Durchführung einer allgemeinen Reform der deutschen Rechtschreibung ergreifen möchte. Die Versammlung beauftragte zuerst die aargauische Kantonalkonferenz, den schweizerischen Lehrerverein und die kantonalen Lehrerkonferenzen und Lehrersynoden um die Behandlung der Reformfrage zu ersuchen. Der aargauische Kantonalvorstand oder eventuell der schweizerische Lehrerverein soll die Ergebnisse der Beratungen in den einzelnen Kantonen sammeln und später eine zweite Konferenz einberufen.

Um die Durchführung einer einheitlichen und zwar deutschen Benennung sprachlicher Formen und Zeichen (vor allem in der Wort-, Formen- und Satzlehre) bemühten sich in einer Eingabe an die Erziehungsdirektion die Deutschlehrer am Gymnasium in Zürich („Tages-Anzeiger" vom 15. Mai); eine nicht mehr neue,

für die Schule ebenso wichtige wie bisher unbefriedigend gelöste Aufgabe.

Die Klagen der Eisenbahner über sprachliche Rücksichtslosigkeiten der Lausanner Kreisdirektion, deren Gewalt bis in die deutsche Schweiz reicht, bis Basel und Thun, hat der bernische Regierungsrat Bösiger im Kreiseisenbahnrat zur Sprache gebracht. Darauf kehrte die welsche Presse — sie tut es gern — den Spieß um und bewies mit Zahlen, daß die Bundesverwaltung deutsche Angestellte bevorzuge, als ob die Landesteile und Kantone im Verwaltungskörper nach der Einwohnerzahl vertreten sein müßten. Eine deutsche Zeitung („Luzerner Tagblatt" vom 24. Heumonat) sieht in dem Vorgehen beider Seiten einen Fehler und wendet sich besonders gegen den „ganz unbegreiflichen Vorstoß", mit dem Bösiger die Welschen „provoziert" habe und den man nur dann „zur Not noch begreifen könnte", wenn Herr Bösiger „Präsident des deutschschweizerischen Sprachvereins" wäre. Das Blatt übersieht, daß Herr Bösiger verbrieftes Verfassungsrecht und persönliche Billigkeitsrücksichten verfochten hat, die von den Angestellten selbst geltend gemacht worden sind, die Gegner jedoch ein neues, phantastisches Recht aufstellen. Das Blatt ist auch sehr im Irrtum mit seiner Ansicht, daß es zum Frieden diene, wenn man annehme, „im Kanton Bern werde allgemein die französische Sprache so gut beherrscht, daß ein jeder einen französisch geschriebenen Brief zu lesen vermag" (die Voraussetzung ist übrigens sicherlich falsch), und wenn man der Kreisdirektion in Lausanne erlaube, mit den deutschen Landesteilen französisch zu verkehren. So, genau so, ist lange Zeit flämisch Belgien von der welschen Landeshälfte behandelt worden; auch dort wurde angenommen, in Flandern „werde allgemein die französische Sprache so gut beherrscht, daß ein jeder einen französisch geschriebenen Brief zu lesen vermöge", und obgleich das dort in viel höherem Maße zutraf als in der deutschen Schweiz, war die Folge ein Sprachenstreit, der den Staat in seinem Bestande bedroht. Den Sprachfrieden kann man nur auf Gerechtigkeit gründen. Ja, gewiß: Wir wollen sein... (so überschreibt das „Luzerner Tagblatt" seinen Aufsatz), aber auf dem wirklichen brüderlichen Grunde: Jedem das Seine.

In einem in seiner nüchternen Knappheit bemerkenswerten Aufsatz macht der „Bund" (19. Mai) seine Bemerkungen zu der Alemannenwoche, die im Mai in Freiburg im Breisgau veranstaltet worden ist, anscheinend ohne nennenswerte Beteiligung

der Schweiz, die doch den kräftigsten Teil des Stammes stellt. Wir erwähnen das, ohne weiteres dazu zu sagen.

Auf eine Wunde müssen wir immer wieder den Finger legen: wo es im Auslande gilt, zur Muttersprache zu stehen, da versagt dem Eidgenossen deutscher Zunge meist der Mut. Ist es nicht bedauerlich, ja geradezu beschämend, wenn die stammverwandten Elsässer in ihrem Kampf um Heimatrecht, Eigenart und Freiheit sich bitter über die Haltung der Schweizer Zeitungen beschweren, z. B. den beiden großen Basler Blättern vorwerfen, sie hätten „aus Angst vor etwaigen Beschränkungen ihrer Verbreitung manches getan, dem kämpfenden Elsaß-Lothringen in den Rücken zu fallen"? („Die Zukunft", Straßburg, 6. März.) Zwar stellt man später („Die Zukunft", 17. Heumonat) eine erfreuliche Wendung in unserer Presse fest; es wird der „Neuen Zürcher Zeitung" bezeugt, daß sie „in den sauren Apfel gebissen" habe und jetzt „sehr verständig" über das Elsaß schreibe. Aber von der Basler Presse heißt es aufs neue: „Es ist beschämend und wird im Elsaß nicht ohne erkältende Folgen bleiben, daß die Presse der alten, sonst so freiheitsstolzen Humanistenstadt aus Angst um ihre Verbreitungslizenz im Elsaß sich dazu hergibt, die Wahrheit zu verfälschen und den Existenzkampf des Bruderstammes zu verraten." — Zur Ehre Basels will ich aber auch nicht unerwähnt lassen, daß zwei dortige Hochschullehrer, die Herren Bruckner und Hoffmann-Krayer, für den Prozeß gegen die Beamten, die den Aufruf des Heimatbundes unterzeichnet haben, sachlich gehaltene und unzweideutige Gutachten erstattet haben über Volkstum und Muttersprache der Elsässer und über die Frage, ob diese als eine Minderheit im französischen Staatskörper zu gelten haben.

Ueber Bergamo berichtet die „Neue Zürcher Zeitung" (Nr. 1201 vom 25. Heumonat) mit beredter Kürze: „Nicht weniger als ein halbes Tausend Schweizer haben sich in der Provinz Bergamo angesiedelt und pflegen ihre heimische Art in ihrem Schweizerverein und der Schweizerschule, die freilich heute mit Hindernissen zu kämpfen hat, welche zum Ersatz der deutschen Unterrichtssprache durch die italienische geführt haben." Man wüßte gern mehr darüber; und was ist noch von „heimischer Art" an einer Schule in Italien, wenn die Unterrichtssprache nicht mehr eine andere als in den übrigen Schulen Italiens ist?

In Basel hat das Begehren der Franzosen nach einer französischen Schule Beunruhigung verursacht. Die dortige „Deutschschweizerische Gesellschaft" hat deswegen an den Regierungsrat geschrieben; der Inhalt ihres Schreibens ist aus der Antwort der Regierung ersichtlich, die wir hier wiedergeben:

Basel, den 26. Dezember 1925.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt an die Deutschschweizerische Gesellschaft, Basel.

Tit.

Mit Schreiben vom 10. Dezember a. c. haben Sie gegen die von den französischen Behörden und Kreisen mit der Gründung einer französischen Primarschule in Basel beabsichtigten Bestrebungen, die geeignet seien, deutschschweizerische Artheit zu vernichten, Stellung genommen.

Wir beehren uns, Ihnen hierauf mitzuteilen, daß die Anregung der Gründung einer französischen Schule in Basel lediglich dem Gedanken entsprungen ist, den Kindern der hier wohnhaften französischen Bahn- und Zollangestellten eine zweckmäßige Weiterbildung zu ermöglichen. Dies vornehmlich im Hinblick darauf, daß diese Kinder nur französisch sprechen und vielleicht nach kurzer Zeit schon wieder in eine andere Stadt oder Gemeinde Frankreichs zurückkehren müssen, weil ihre Väter dorthin versetzt werden. Die Bewilligung zum Betrieb der von Ihnen beanstandeten Privatschule ist erteilt worden mit der Maßgabe, daß die Aufnahme in diese Schule auf Kinder französischer Beamter beschränkt bleibt.

Bei dieser Sachlage vermag der Regierungsrat Ihre Befürchtungen, daß die Gründung dieser Schule der Verbreitung der Zweisprachigkeit in Basel Vorschub leiste und auf eine Untergrabung deutschschweizerischen Wesens hinziele, nicht zu teilen.

Wie Ihnen wohl bekannt sein wird, hat Herr Prof. Dr. E. Dürr in der Großratssitzung vom 10. Dezember 1925 durch eine Interpellation den Regierungsrat um Aufschluß über die französische Schule und die Absicht von deren Initianten ersucht. Der Vorsteher des Erziehungsdepartements hat diese Interpellation beantwortet und die geltend gemachten Bedenken zerstreut. Wir erlauben uns, Sie für Einzelheiten auf das beigeschlossene Großratsprotokoll vom 10. Februar 1925 zu verweisen, dem Sie entnehmen wollen, daß die Schule lediglich als Institut für französische Beamtenkinder

geführt werden soll und daß darum eine starke Ausdehnung derselben nicht zu befürchten steht.

Im übrigen diene Ihnen zur Kenntnis, daß wir die weitere Entwicklung der Dinge dauernd sorgfältig beobachten und daß unser Erziehungsdepartement die Inspektion der Mädchenprimarschule, welcher die Aufsicht über die neue Privatschule übertragen worden ist, eingeladen hat, ihrer Aufsichtspflicht mit besonderer Sorgfalt obzuliegen. Sollten sich irgendwelche Mißstände zeigen, so werden wir selbstverständlich für geeignete Abhilfe Sorge zu tragen wissen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen des Regierungsrates:
I. V.: sig. Dr. F. Aemmer.
Der Sekretär: sig. Dr. H. Mutzinger.

Die „Deutschschweizerische Gesellschaft" und der Großrat Dürr haben wohl daran getan, der Regierung ihre Bedenken mitzuteilen. Ohne stetige Wachsamkeit müßten wir eine nach der andern unserer alten alemannischen Städte international werden sehen. Voriges Jahr hatten wir es mit der Absicht einer welschen Schulgründung in Bern zu tun, dieses Jahr mit einer französischen Schule in Basel, und in Zürich ist es ein Einheimischer, der an der Töchterschule französische Klassen für die Einheimischen verlangt!

Merkwürdige Leute, diese deutschen Schweizer: in ihren eigenen Städten fremdsprachiges Volkstum Fuß fassen zu sehen, dünkt sie eine natürliche und berechtigte Folge der schweizerischen Entwicklung; wenn aber von italienisch-nationalistischer Seite behauptet wird, die ungebrochene italianità des Tessins sei ein unantastbares Gut der Tessiner und dürfe durch keine deutschen Schulen oder auch nur Ladenschilder gefährdet werden, so haben sie dafür das größte Verständnis und versprechen gern, in diesem Sinne zu wirken. So finden die Forderungen des Franz Chiesa, der z. B. die nicht italienischen Kirchen (!) in Lugano und Locarno als eine von den Behörden „zu prüfende Frage" erklärt und deutsche Privatschulen verbieten und öffentliche Aufschriften in deutscher Sprache nicht dulden will, die volle Billigung der Basler „Nationalzeitung" (14. Heumonat). Das Blatt geht noch weiter und ruft aus: „Was sollen uns extra deutschschweizerische Schützen- und Sprachvereine, was soll eine extra deutschschweizerische Zeitung?" Wir stimmen in den Ton ein und werden extra konsequent: „Was soll uns eine extra

liberale Bundesverfassung, was soll uns eine extra Freizügigkeit, eine extra Gleichberechtigung aller Schweizer, eine extra Vereinsfreiheit und Preßfreiheit? Wozu haben sich unsre Großväter extra angestrengt, das alles zu erkämpfen?" Freilich könnte man leicht auch zu weit gehen und z. B. fragen: „Was sollen uns die vielen extra Faschistenvereine in der deutschen Schweiz mit ihrer extra italienischen Zeitung La Squilla italica? Was sollen uns die extra italienischen Aufschriften in Zürich, der Calzolaio, die Policlinica chirurgica usw.?" So wird von der deutschen Schweiz aus die Unduldsamkeit der tessinischen und mussolinischen Italianissimi unterstützt. Und doch ist das völlig nutzlos. Kein Italiener schließt daraus auf gerechten Sinn bei uns Schweizern; die Unwahrheiten und Unverschämtheiten werden im Gegenteil immer zahlreicher. Einigemal ist es allerdings unserer ganzen Presse schon zu dick geworden, und mit einer gewissen Einheitlichkeit und Einmütigkeit hat sie (um gerecht zu sein: auch das genannte Basler Blatt war dabei) gegen die Hetze Stellung genommen. Aber die sich aufdrängende Frage, was denn die Italiener mit ihren nun schon jahrelang immer wiederholten Beschwerden über Dinge, die sie doch nichts **angehen**, eigentlich wollen, d i e Frage finden wir nirgends gründlich erwogen. An sich ist es ja wohl denkbar und auch anderswo oft vorgekommen, daß nationaler Uebereifer unzutreffende Behauptungen aufstellt und unnötige Befürchtungen äußert. Aber hier werden Behauptungen aufgestellt, die nur ü b e r l e g t e Absicht erfinden kann, die nicht durch falschen Schein und gutgläubigen Irrtum erklärbar sind; von ihrer einleuchtenden Berichtigung wird nicht Kenntnis genommen, die Behauptungen werden wiederholt und verschärft. Das alles nicht von einer unbotmäßigen Presse, gegen die die Regierung nichts tun kann, sondern von lauter regierungstreuen Blättern, die zudem unter scharfer Aufsicht und in einem diktatorisch regierten Lande schreiben. Hier muß Absicht vorliegen und zwar amtlich gebilligte und geförderte Absicht. Was für eine? Ohne Zweifel die, in Italien dem nationalen Bewußtsein eine Tessiner Frage einzupflanzen, der Nation das Phantasiebild eines gefährdeten italienischen Nachbargebietes ins Gewissen zu schreiben, eines Gebietes, in dem die italienische Nation Forderungen zu stellen und eine Aufgabe zu erfüllen haben soll. Wenn wir aber weiter fragen, wohin damit gesteuert wird, lassen sich zwei Erinnerungen kaum abweisen: die Erinnerung daran, daß die Eroberung von Südtirol

vor dem Kriege genau auf dieselbe Weise vorbereitet worden ist, und die Erinnerung daran, daß der heutige unumschränkte Herr Italiens erst vor vier Jahren als Abgeordneter in der Kammer unmißverständlich gesagt hat: „Der Gotthard als Grenze bleibt unser Streben." Es ist gewiß nicht angebracht, das allzu oft öffentlich zu wiederholen, aber auch nicht klug, es zu vergessen.

Es hat keinen Wert, daß wir wieder auf Südtirol eingehend zu sprechen kommen. Unser Verein besitzt jetzt das von Bundesrat Motta eigenhändig gezeichnete Zeugnis, daß von der Schweiz aus auch der Völkerbund nicht in Bewegung gesetzt werden wird, um dem unglücklichen Nachbarvolke zu helfen, und Mussolini hat in einer Rede zu verstehen gegeben, daß er sich von niemand werde drein reden lassen. Hier, wie beim Elsaß, ist übrigens zu sagen: abscheuliche Gewalttaten mögen wohl im Einzelfalle den jetzigen Regenten zur Last gelegt werden, die Unterdrückung als Ganzes fällt dem Geiste des Nationalismus zur Last, der nicht Mussolini, Barthou oder Laval heißt, sondern in den politisch führenden Volksteilen, in der „Nation" selbst, lebendig und tätig ist. Keine Spur von Billigkeits- oder Menschlichkeitsgefühl, von Scham oder Verantwortlichkeitsbewußtsein bei den Politikern; sie sehen nur das Eine: wir, unser Volk, unser Ruhm, unser Machtwille, unser Recht, und halten gegen jeden andern Lebenswillen den ihrigen als alleinberechtigt aufrecht. Als der Tiroler Tinzl in der Kammer den Standpunkt seiner Wähler in der Schulfrage vertrat, wurde er bloß verhöhnt. „Nach den nächsten Wahlen gibt es hier keine fremdsprachigen Abgeordneten mehr", rief ihm einer zu; ein anderer nahm ihm die Aufzeichnungen, nach denen er sprach, weg. Große Zeitungen wie der Secolo (15. Mai) berichten darüber mit sichtbarem Vergnügen. Niemand hilft dem schmählich getretenen Volke Südtirols. Die Welt hallt wieder von europäischem Geiste, Frieden und Abrüstung, aber die Regierungen und Nationen, die dabei am lautesten rufen, begehen Frevel über Frevel, und die Kleinstaaten vertreten ihren sittlichen Idealismus bei festlichen Gelegenheiten, indem sie ihre Furcht vor den Großen durch schöne Reden verhüllen.

Ueber den Kampf im Elsaß können wir uns dieses Jahr kürzer fassen. Die Selbständigkeitsbewegung ist noch mehr erstarkt und hat in der ganzen Welt Widerhall gefunden. Ein „Heimat-Bund" hat sich gegründet; seine Forderungen gehen in sprachlicher Hinsicht (um

nur diese uns hier wichtige Seite des Kampfes zu berühren) auf Wiedereinsetzung des Deutschen im Schulunterricht, d. h. auf deutsche Unterrichtssprache in den untern Volksschulklassen und spätere Einführung des Französischen. Die Bewegung ist so stark, daß die politischen Parteien, um nicht von ihr gesprengt zu werden, sich zu ihr haben bekennen müssen. Zuerst tat es die kommunistische, dann die größte von allen, die katholische, später mit Widerstreben und mit einer Parteispaltung als Folge die radikale; es blieben die Sozialdemokraten als die heute einzige noch unentwegt nationalfranzösische Partei. Hier tritt übrigens die Natur der elsässischen Kulturfrage wieder zutage: sie ist eine Führerfrage, und da liegt für die Elsässer die größte Gefahr von jeher. Die Führer der Parteien, die nun die Sache der deutschen Sprache im Elsaß im Kampfe vertreten sollen, entstammen fast alle jenem Bürgertum, das in der Familie von jeher die französische Sprache gepflegt hat. Diese Führer haben für sich die „Assimilation" vollzogen, die sie nun bekämpfen sollen, sie wollen eigentlich gar nicht, was sie jetzt zu wollen vorgeben müssen. Sie sind zu jedem Abkommen und Kuhhandel mit der Regierung bereit, geschweige daß sie als stahlharte Vertreter eines leidenden Volkes Opfer für das deutsche Volkstum auf sich nehmen, dem Verfolgungssturme Trotz bieten könnten. Das gilt nicht bloß von der Handvoll Volksvertreter in Paris, sondern auch von den leitenden Männern in den örtlichen Gruppen, sofern sie den gebildeten oder wirtschaftlich starken Ständen angehören. Der Ausgang der jetzigen Bewegung wird davon abhängen, ob sie klar genug geleitet und stark genug ist, um neue Männer an die Spitze zu bringen. Ihr Bestreben geht auf Herstellung einer einheitlichen elsässischen Heimatfront; dazu müssen die Parteien sich entschließen, in dem was sie bisher entzweit hat, vor allem der Stellung zur Kirchentrennungsfrage, den Kampf einzustellen, d. h. nicht ihr Verhalten zu den elsässischen Fragen von den Zugeständnissen abhängig zu machen, die die jeweilige Regierung auf dem kirchlichen Gebiete in diesem oder jenem Sinne augenblicklich macht, um die Elsässer zu trennen.

Wie auch durch die schweizerischen Blätter bekannt geworden ist, hat die Regierung Poincarés sogleich bei ihrem Amtsantritt den Erlaß eines Gesetzs angekündigt, das im stillen schon vorbereitet war und den Zweck hat, die elsässische Bewegung niederzuschlagen, indem es harte Freiheits-, Geld- und Verbannungsstrafen für jeden

vorsieht, der „einen Teil des Landes der Autorität der nationalen Regierung zu entziehen“ versucht. Zur Stunde ist noch nicht ersichtlich, ob der Entwurf Gesetz werden wird. Es gibt doch auch in Paris Leute, die glauben, Frankreich sollte nicht vor aller Welt von Amtswegen zugestehen, daß zur Festhaltung der Elsässer bei Frankreich Richter, Landjäger und Gefängnisse notwendig sind.

Wie der Streit nun auch verlaufe, zwei wichtige Ergebnisse hat er gezeitigt: Europa weiß jetzt, daß es seit 1871 über das Volkstum der Elsässer getäuscht und über die Gesinnungen und Verhältnisse des Landes von der Weltpropaganda falsch unterrichtet worden ist. (Selbst in Frankreich, wo die Oeffentlichkeit vor allem getäuscht worden ist und begreiflicherweise sich noch sträubt, den Irrtum einzusehen, fängt man da und dort an, etwas zu ahnen). Und das Zweite: die Elsässer selbst, die bei ihrem langen Kampf gegen die ihnen fremden Regierungs- und Verwaltungsleute aus dem deutschen Norden für das, was sie von den Franzosen scheidet, den Blick verloren hatten, sind sich heute bewußt, daß sie ihrem Volkstum und ihrer Wesensart nach nicht zu Frankreich gehören. Mit steigender Wärme und wirklicher Liebe reden sie von ihrer deutschen Muttersprache und rechnen dazu auch die Schriftsprache. „Das Elsässische ist urdeutsch,“ heißt es. Nicht mehr bloß mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Grenzlandes, sondern mit der deutschen Eigenart des Volksstammes begründet man die Forderung des deutschen Unterrichtes. Ja, die Sprachenfrage wird richtig als die Grundfrage verstanden. „In der Sprachenfrage sind alle einig, die es ehrlich meinen mit den Interessen des Landes“ schreibt die führende katholische Zeitung, der „Elsässische Kurier“ (12. April). Den Redensarten der Regierungstreuen von den wesensverwandten französischen Brüdern entgegnet man („Zukunft“ vom 27. März): „Der Mann soll doch einmal einen unserer elsässischen Bauern mit einem Bauern aus dem benachbarten Baden und mit einem von jenseits der Vogesen vergleichen und uns dann sagen, wo die Wesensverwandtschaft liegt.“

Freilich versichern die Regierung, die französische Presse und die ihr ergebenen Leute immer wieder, die Angleichung sei in vollem Gang und die französische Schule habe vollen Erfolg mit ihrem Unterricht. So in der „Straßburger Neuen Zeitung“ (17. Heumonat) der Abgeordnete Altorffer, der dabei auch in der Schweiz da und dort Glauben gefunden zu haben scheint. Allein die Geg-

ner rücken mit ganz bestimmten Angaben und mit Belegen auf den Plan, und es fehlt nicht an wertvollen Zeugnissen auch in der französischen Presse; so in der Ère nouvelle (Paris, 25. April): A part les exceptions qui sont peu nombreuses, le petit Alsacien qui sort de l'école ne sait ni le français ni l'allemand. Son instruction générale est à peu près nulle.

Luxemburg ist das erste unter den nicht unter Fremdherrschaft stehenden deutschsprachigen Ländern, von dem wir hören, daß es den französischen Unterricht auf Kosten des muttersprachlichen vermehrt habe. Das „Siebenbürgische Deutsche Tagblatt" (Hermannstadt, 21. März) berichtet von den „Stammesbrüdern in Luxemburg" (woher bekanntlich die sogenannten Sachsen Siebenbürgens zum guten Teil stammen): „In einer einklassigen Knabenschule wurde im Jahr 1914 wöchentlich 7½ Stunden deutsch und 7 Stunden französisch, 1922 dagegen 5¼ Stunden deutsch und 8 Stunden französisch unterrichtet. Als Grund für diese Aenderung wurde von der Regierung „Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse" angegeben. Allerdings hat die Lehrerschaft sich gegen das Ueberwiegen des Französischen gewendet." Beides, die liebe „wirtschaftliche" Begründung einer volksfeindlichen, weil Seele und Geist schädigenden Neuerung und der aus besserer Erkenntnis stammende Widerspruch der Lehrerschaft ist überaus bezeichnend für den Vorgang und würde sich gewiß in einem ähnlichen Falle auch bei uns zeigen.

Noch ein Blick auf Belgien, ehe wir vom Westen auf den Osten übergehen. Der jetzige Unterrichtsminister, der flämische Sozialdemokrat Kamiel (Camille) Huysmans, hat es gewagt, an die einsprachig französische Volksschule Groß-Brüssels zu rühren. Brüssel ist der heikelste Punkt für die sprachliche Neuordnung Belgiens. Es liegt noch auf flämischem Volksboden, aber ganz nahe der Sprachgrenze, und ist nicht nur als Sitz der französisch denkenden belgischen Regierung und Verwaltung dem Einfluß des Welschtums ausgesetzt, nicht nur in gefährlicher Nähe von Paris (4 Schnellzugsstunden), dem Mittelpunkt der französischen Bildung gelegen, sondern schon seit Jahrhunderten, seit den Zeiten des burgundischen Hofes, von welschem Wesen stark durchsetzt. Eine sprachliche Zweiteilung des Königreichs müßte für Brüssel und seine Vororte die Sonderstellung einer zweisprachigen Insel schaffen. Aber auf der welschen Seite will man diese Zweisprachigkeit nicht zugestehen; man

fürchtet, hier eine Großstadt für das Franzosentum zu verlieren. Wenn jetzt versucht wird, für die flämischen Volksmassen in Brüssel flämische Schulen zu gründen, so geht das natürlich nicht ohne Kampf ab. Man wird ihm mit Spannung zusehen.

In der „Frankfurter Zeitung" (Morgenblatt vom 2. August) wird mit Bedauern und Besorgnis auf die Verluste hingewiesen, die dem deutschen Spracheinfluß im Südosten drohen, weil die Kenntnis des Deutschen unter den Südslawen, den einstigen Untertanen oder Nachbarn des Habsburgerreiches, durch die jetzigen Schulverhältnisse allmählich verloren geht. Außer der serbischen Regierung hilft hier auch die französische ein wenig nach, indem sie Geldmittel aufwendet für die Unterbringung von Studenten in Paris, für die Verbreitung französischer Literatur und für anderes.

Voriges Jahr konnten wir über Estland Gutes berichten, nämlich die Einführung der Schulverwaltung als Angelegenheit der Minderheitenvölker; natürlich ist es heute noch nicht möglich, über den Erfolg dieser Neuerung zu berichten. Dagegen erfahren wir zuverlässig von vertrauter Seite, daß die Bodenreform sichtbare Früchte im Sinne ihrer Urheber trage: sie sollte den deutschen (baltischen) Grundbesitzer um seinen Wohlstand und seinen Einfluß bringen und womöglich zur Auswanderung nötigen. Die Abnahme der Deutschsprechenden, vernehmen wir, ist denn auch deutlich wahrnehmbar. Die Wahlen haben

1920 mit 18,400 deutschen Stimmen 4 deutsche Abgeordnete,
1923 mit 16,000 deutschen Stimmen 3 deutsche Abgeordnete,
1926 mit 13,200 deutschen Stimmen 2 deutsche Abgeordnete

ergeben. Die Bodenreform ist so deutlich als Kampfmittel des Mehrheitsvolkes gegen die Minderheit gehandhabt worden, daß diese eine Beschwerde beim Völkerbund eingebracht hat.

Aus derselben vertraulichen Quelle vernehmen wir, daß in Litauen die Zahl der deutschen Schulen zurückgegangen sei, so daß nur noch 28 % der schulpflichtigen deutschen Kinder Schulunterricht erhalten, die übrigen 72 % keinen, da kein Schulzwang besteht und die litauischen Schulen von deutschen Kindern nicht besucht werden.

„Man spricht deutsch" steht jetzt auf den Armbinden mancher Verkehrspolizisten in Paris zu lesen („Basler Nachrichten", 30. Wintermonat 1925, „Rorschacher Zeitung", 24. Weinmonat 1925). „Man" ist vielleicht ein Elsässer und trägt vielleicht uneingestanden

diese Binde wegen der wiedergefundenen Brüder. Doch ist es auf jeden Fall ein gutes Zeichen, daß es überhaupt so etwas wieder gibt.

„Man spricht nicht deutsch" heißt es leider noch beim Internationalen Studentenbund. Zwar hatten die Schweizer auf der Tagung in Warschau die Zulassung des Deutschen mit Mehrheitsbeschluß erreicht; allein der Beschluß wurde als satzungswidrig für ungültig erklärt („Hamburger Nachrichten", 19. April, „Basler Nachrichten", 18. April).

„Man spricht deutsch, aber man darf es eigentlich nicht" heißt es beim Völkerbund in Genf. Minister Stresemann hat seine Reden deutsch gehalten, dann wurden sie übersetzt. Als nachher im Völkerbundsrate von Danzig die Rede war, bediente sich auch dort Stresemann der deutschen Sprache und ebenso der Vertreter der Stadt Danzig. Die „Kölnische Zeitung" (vom 21. Herbstmonat) schreibt darüber:

Für die Teilnehmer an dieser ziemlich langen Beratung war es ein eigenartiges und vielleicht auch zu Herzen gehendes Schauspiel, zum erstenmal zwei Deutsche am Ratstisch zu sehen, den Vertreter des Reichs und das Staatsoberhaupt von Danzig, beide in deutscher Sprache für eine unter schwierigsten Verhältnissen seit Jahren tapfer um ihr Recht ringende Bevölkerung eintreten zu sehen. Bedauerlich war nur ein fast merkwürdiges Verhalten der Völkerbundsbehörden bei der heutigen Sitzung. Präsident Sahm spricht bekanntlich seit Jahren im Völkerbundsrat nur Deutsch, und da der Völkerbundsrat alles Interesse daran hat, den Standpunkt des unter seinem Schutz stehenden Staatswesens kennen zu lernen, wurde selbstverständlich regelmäßig die Rede Sahms von dem Völkerbundübersetzer ins Französische und dann ins Englische übersetzt. Nachdem man schon während der letzten Ratstagung nur zögernd den Uebersetzer gestellt und gewisse Schwierigkeiten gemacht hatte, wurde heute unmittelbar vor der Sitzung dem Präsidenten der Freien Stadt Danzig der Völkerbundübersetzer ohne weiteres verweigert, offenbar um nicht einem allgemeinen deutschen Anspruch auf amtliche Anerkennung der deutschen Sprache im Bund eine Unterlage zu geben. Angesichts der schwierigen unerwarteten Lage, in die damit die Danziger gerieten, sprang einer der anwesenden deutschen Pressevertreter, an den Präsident Sahm sich sofort wandte, als Uebersetzer ein. Auf diese Weise hatte für diesmal das Verhalten der Völkerbundbehörden keine weitern Folgen als die, daß einmal auch die Großmacht der deutschen Presse, allerdings auf einem durchaus nichtständigen Sitz, am Ratstisch vertreten war.

Der Vorfall beleuchtet die neue Lage, in der sich die Staatsmänner befinden. Vor dem Kriege hatte man eine allgemeine Weltdiplomatensprache, das Französische; vor 20 Jahren hätte Minister Stresemann in solchem Kreise selbstwerständlich französisch sprechen müssen. Nachdem nun aber in Genf auch das Englische zugelassen worden ist, gibt es keine inter- oder übernationale Sprache mehr, und die Frage bleibt offen: wer wird da noch zugelassen? Die Sieger des Weltkrieges haben eine Bresche in die Mauer gelegt, und da kann das Deutsche hineinschlüpfen.

Und noch eins: das amtliche Deutschland hat früher sein Selbstbewußtsein auf seine staatliche Machtstellung, seine kriegerische Rüstung, sein angesehenes Reich gründen können; heute ist das zerstört, und nun wirft sich das Geltungsbedürfnis auf etwas anderes: die Ausbreitung der deutschen Sprache und die Zahl ihrer Anhänger. An Stelle des Patriotismus ist das Nationalgefühl getreten. Die Gegner des deutschen Wesens werden keinen Gewinn davon haben, und die Zukunft kann ihnen Unerwartetes bringen.

Daß Deutsch immer noch eine wichtige Weltsprache ist, das beweist uns z. B. der Gebrauch, der davon in Japan gemacht wird. Gibt doch die kaiserliche Universität in Sendai eine von Anfang bis zu Ende in gutem Deutsch geschriebene, übrigens schön ausgestattete Zeitschrift „Mitteilungen über Pathologie und pathologische Anatomie" heraus, die von Japanern geschrieben ist.

Im Augenblick, wo alle Zeitungen voll sind von Nachrichten über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, darf auf dessen Stellung zu den unterdrückten deutschen (und andern) Minderheiten ein Blick geworfen werden. Von allen Seiten lautet das Urteil ungünstig. Als voriges Jahr (1925), übrigens gleichzeitig mit der berühmten Zusammenkunft der Staatsmänner in Locarno, die erste Zusammenkunft der Minderheiten in Genf stattfand, da schenkten die Beamten des Völkerbundes dem Ereignis keine Aufmerksamkeit; ja der Generalsekretär, wie auch der Vorsteher der Minderheitenabteilung war so vorsichtig gewesen, rechtzeitig zu verreisen („Frankfurter Zeitung" Nr. 621 vom 21. August 1926). Bald darauf geschah es, daß der Berichterstatter über Minderheitsfragen, Mello Franco, nicht nur alle Vorschläge zugunsten der Minderheiten ablehnte und den bedenklichen Satz aufstellte, die nationalen (d. h. sprachlichen) Minderheiten seien nur eine Uebergangserscheinung und die zu ihren Gunsten bestehenden Schutzbestimmungen nur geschaffen, „um die notwendigen Bedingungen vorzubereiten, die vollständige Staatseinheit herzustellen." Nun, so mag ein Brasilier urteilen, der bei den Minderheiten an Streusiedelungen von eingewanderten Europäern denkt. Aber der englische Minister Chamberlain wiederholte die Worte Francos mit Nachdruck, ebenso (was schon begreiflicher ist) der Tscheche Benesch, und niemand widersprach. Also: der Völkerbund hat sich vorerst für die berüchtigte „Assimilation" ausgesprochen und sich damit als Gegner der unterdrückten Minderheiten erklärt. So haben

denn auch die Balten Estlands ihre Beschwerden (wir haben sie bereits erwähnt) ohne Hoffnung auf Erfolg nach Genf gerichtet, bloß um alles getan zu haben, was getan werden kann. Traurig und beschämend, aber eigentlich nicht so unverständlich. Der Genfer Völkerbund ist ein politisches Gebilde und muß den Gesetzen politischer Gebilde folgen, das heißt: er muß wie jeder Staat alle Fragen unter dem Gesichtspunkt beantworten, ob nicht seine Macht und sein Ansehen darunter leiden. Jede Regierung hat es in der Hand, durch die Drohung mit dem Austritt die Völkerbundsbehörden zum Nachgeben zu zwingen. Daher auch die ängstliche Eile, mit der bei uns die lautesten Lobredner des Völkerbundes davor gewarnt haben, etwa die Sache der Südtiroler vor die Genfer Schranken zu bringen. So drückt man sich denn in Genf bis jetzt jedesmal, wenn etwas derartiges in Aussicht steht, und überläßt die armen Minderheiten tapfer und weise ihren Peinigern.

In der Meinung, daß der Völkerbund die sprachlichen Minderheiten nicht schütze, stimmt die „N. Z. Z." (26. August, Morgenausgabe) mit uns überein; sie spricht von der „bedauerlichen Zurückhaltung" und sieht mit Recht den Grund darin, daß „in Genf nur die Regierungen vertreten" seien, die „manchmal stillschweigend darin übereinstimmen, daß diese ewig nach Petitionen lüsternen Minderheiten eigentlich für sie eine recht lästige Affäre" seien. Die Minderheiten sind diesen Herbst in Genf zum zweiten Mal zusammengetreten, und diesmal „bemerkte man" im Saale auch den Direktor der Abteilung für Minderheiten im Völkerbundssekretariat. Die Versammlung war übrigens von 38 Minderheitsgruppen beschickt. Die Verhandlungssprache scheint vorwiegend die deutsche gewesen zu sein.

Man kann die Staaten nach ihrer Behandlung der Landessprachen in vier Gruppen einteilen:

1. Staaten mit mehrfacher Staatssprache; das sind die Schweiz, Sowjetrußland, Belgien; hier spricht der Staat selbst mehrere Sprachen; es gibt im Grunde gar keine Minderheiten, sondern nur gleichberechtigte Volksteile und Landessprachen, — natürlich immer noch mit einigen Unterschieden in der Durchführung des Grundsatzes.

2. Staaten mit Selbstverwaltung der Kulturangelegenheiten durch die Minderheiten (Schulautonomie); das ist die Lösung, die in Estland versucht werden soll.

3. Staaten, die eine gewisse Verpflichtung anerkennen, die Kulturangelegenheiten der Minderheiten nicht ganz zu vernachlässigen oder sie sogar zu pflegen; das sind die meisten europäischen Staaten, so Polen, Rumänien. Dabei gibt es in Gedanken und Ausführung viele Abstufungen, je nach der Größe des einzelnen Minderheitsvolkes, nach der Geschichte und der politischen Lage der Dinge, wobei doch nie die Absicht fehlt, durch die staatliche Regelung die Bedeutung der Nichtstaatssprachen zu beschränken und womöglich die „Assimilation" einzuleiten und zu ermöglichen.

4. Staaten, die grundsätzlich nur e i n e daseinsberechtigte Sprache auf ihrem Gebiet kennen und höchstens notgedrungen eine gewisse Duldung auf Zusehen hin gewähren; das sind das kaiserliche Rußland um 1900, das heutige Italien, Frankreich gestern und heute.

Ehe alle europäischen Staaten sich der ersten oder der zweiten Gruppe ohne Hintergedanken angeschlossen haben, kann von keinem Friedenszustande die Rede sein. Eduard Blocher